

einer jedem Rechtsgefühl höhnpfehenden Weise zu berühren. Der Verfall der Verträge hat nicht die Absicht der deutschen Kolonien verübt, sondern ihre Verwallung durch eineinige Mächte als Mächte des Völkerrechts angeordnet. Ein seiner Plan, dessen Durchführung dazu dienen, diesen Mächten einen wertvollen Vermögensbestandteil in den Schoß zu werfen, ohne daß sie nötig haben, dafür etwas zu bezahlen. Schon der amerikanische Staatssekretär Lansing hat früher einmal erklärt, daß die Forderung des Mandats nur gewährt worden ist, da mit die Alliierten sich den Wert der Kolonien nicht auf die Kriegsgewinnung abzugeben anrechnen zu lassen hätten. Dieser Wert ist außerordentlich hoch aber nur ein wenigstens, so lange die Kolonien unter der Aufsicht der Alliierten verbleiben, nachdem endlich gesammelt unter der Aufsicht der Alliierten ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage sehr zurückgegangen ist. Immerhin wird er auf mehr als 70 Milliarden Goldmark anzuschätzen sein. Liegt es da nun nicht nahe, zwischen dieser Summe und der der Reparationskosten eine Verbindung herzustellen?

Wenn schon die Wegnahme der Kolonien ein empfindliches Unrecht ist, so braucht es doch nicht nur dadurch getilgt zu werden, daß diese Wegnahme unentgeltlich erfolgt ist, und wenn sie nicht als solche rückgängig gemacht werden soll, so kommt englisch ein Mittel zur Behebung der Reparationsrückstellungen aus ihr entnommen werden.

Französischer Kassenhammer.

Nachdem Frankreich die Pariser Bankierkonferenz wieder einmal glänzend sabotiert hat, stehen die führenden Staatsmänner sowohl wie die Presse wie die betrübten Vorgesetzten, denen die Felle davongeschwommen sind. Selbst Herr Poincaré bestimmt sich jetzt auf eine „Politik der Möglichkeiten“, um die verfallene Karte wieder in Gang zu bringen, und ein Pariser Blatt magt es gar, dem „unheimlichen Dokument des Herrn Lardieu“ (d. i. der Verfallener Verträge) zu sprechen. Trotz allem hat die französische Regierung nicht gelernt und nichts vergessen. Herr Poincaré hat zwar neuerdings erklärt, Frankreich dürfe sich nicht dem Vorwurf aussetzen, abermals eine internationale Konferenz, nämlich die im Haag, „abzupöbeln“ zu haben. Im gleichen Atemzuge aber beginnt er die Torpedierung, indem er nur eine „Studienkommission“ nach dem Haag entsendet, anstelle von Sachverständigen. Und da er auch schon eine scharfe Auseinandersetzung mit England im Haag angekündigt hat, so liegt die Gefahr nahe, daß auch die Haager Konferenz ein Fiasko werden wird. Herr Lardieu, Poincarés intimer Berater, hat ganz recht, wenn er ihm vorwirft, daß Poincarés Kassenpolitik durch Drohungen und Unzulänglichkeiten charakterisiert werde und alle Schattenseiten der Isolierung ohne irgend einen ihrer Vorteile mitzubringen.

Aus dem Reichstage.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung teilte Oberst v. Hagen vom Reichswehrministerium mit, daß die Regierung die beiden sozialistischen Interpellationen Müller-Franzen (Sov.) und Cziprian (USP.) über die Vorkommnisse in Königsberg gelegentlich der letzten Sündenbürgerfeier in den nächsten Tagen beantworten werde. Wir werden also im Reichstage wieder einmal eine Neuauflage der Debatte im Reichstag erleben. Darauf wurde eine Reihe Gegenstände zweiter Bedeutung verabschiedet. Die Vorlage über die weitere Entlastung der Gerichte durch Ausdehnung der Zuständigkeit der Amtsgerichte von 3000 auf 10 000 M. Klagegegenstand geht erst noch an den Rechtsausschuß.

Darauf wurde die am Tage vorher abgebrochene Aussprache vom Reichsausschuß über die Frage der Verfassung fortgesetzt. Der Abg. Deutschner (DP.) war durch die plötzliche Erkrankung des Abg. Däumig am Abschluß seiner Rede verhindert worden und präferierte gestern die Stellung seiner Fraktion zur Jugendfürsorgefrage noch einmal genauer. Im übrigen brachte er wie die meisten Redner der anderen Parteien zum Ausdruck, daß er dem Gesetz zustimme, mit der Maßgabe, daß es später auch zweckmäßig durchgeföhrt werde. Noch eingehender fennezeichnete Frau Abg. Lübers (Dem.) Ziel und Absicht des Entwurfs. Sie stellte fest, daß im Gegensatz zu manchen Kritiken durch das Gesetz die freiwillige Betätigung auf dem Gebiete der Jugendfürsorge in keiner Weise ausgeschlossen werde; auch die Rechte und Pflichten der Eltern blieben unberührt. Es sprachen dann noch die Abg. Frau Lang (USP.), der Kommunist Heydemann und schließlich Staatssekretär Schulz, der für das dem Entwurf entgegengebrachte allgemeine Interesse dankte und sich bezüglich des Erfolges des Gesetzes optimistisch äußerte. Damit kam man zu der Abstimmung, die im wesentlichen die Annahme des Gegenentwurfs in der vorliegenden Form ergab.

Die Arbeiten des Reichstages.

In der Sitzung des Vorkommnisse des Reichstages vom 14. Juni wurde über den Arbeitsplan folgendes beschlossen. Die große politische Debatte soll Dienstag oder Mittwoch in nächster Woche im Zusammenhang mit der Ratifikation des Wiesbadener Abkommens stattfinden. Im übrigen zeigte sich auch jetzt wieder der oft beklagte Uebelstand, daß die Beratung überflüssig einzelne Gesetze, die längst hätten fertiggestellt werden müssen, zum Schluß der Session vörliegen. Es sollen jedoch nur diejenigen noch beraten werden, die als wirklich dringend anzusehen sind. Die Vorlagen, die zu beraten sind, will man ohne erste Lesungsdebatte sofort dem Ausschusse überweisen, nur bei der von den Linken beklämpften Schlichtungsordnung wird sich diese nicht vermeiden lassen. Der Reichstag hofft seine Arbeiten mit dem 28. Juni beenden zu können. Er will dann am 29. die Mündener Generaldebatte und am 30. Juni die Oberammergauer Passionsspiele beenden.

Berabstimmung des Hebmengesetzes.

Dienstag, Berlin, 13. Juni.

Am 12. Uhr mittags wird die Sitzung eröffnet. Zur Beratung liegt das Hebmengesetz. Es bestimmt, daß jeder Frau in Preußen das Recht geboten wird, sich zu heiraten. Die Unabhängigen beantragen dazu, daß die Hebmengesetze unentgeltlich sein soll. Abg. Frau Cze (E.) verlangt im Interesse des Mutter-schutzes weitestgehende fürsorgerische Maßnahmen. Sie nimmt der Ausschußentscheidung zu, daß die Wochenfürsorge und unentgeltliche Hebmengesetze zur Reichsliste gemacht und

das ganze Hebmengesetz reichsgesetzlich geregelt wird. Jedenfalls muß die Entschädigung der Hebmenden ausreichend sein, damit sie nicht durch Hunger dazu verleitet werden, doch Geld für ihre Hilfeleistung zu nehmen.

Abg. Frau Heßberger (Str.) begrüßt den jetzigen Entwurf, der Deutschlands Mütter durchaus befriedigen könne. Sie legt den Hauptpunkt auf die Bestimmungen über die freie Hebmendenwahl.

Abg. Dr. Wenig (USP.) steht in dem Entwurf einen wesentlichen Schritt zur Erreichung des Zieles, nur best-gesetzte und unpauschalisch belohnte Hebmenden für den Dienst der Wohlfahrtspolizei zu bekommen. Mit der Entschädigung des Ausschusses sei aber den Hebmenden nicht geboten. Deshalb wolle der Antrag seiner Partei ihnen eine positive Altersversorgung bringen.

Nachdem die Abg. Frau Dönhoff (Dem.) und Frau Pöhlmann sich zustimmend zur Vorlage geäußert haben, wird unter Ablehnung aller anderen Anträge der § 1 in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso auch die übrigen Abschnitte des Gesetzes. Die Ausschlußfassungen auf Gewährung einer Beihilfe für hilfsbedürftige Hebmenden, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und auf reichsgesetzliche Regelung des Hebmendenwesens werden angenommen. Es folgt eine Reihe von Abstimmungen über zurück-gestellte Anträge zum Wohlfahrtshaus. Abgelehnt werden die Anträge der Unabhängigen auf Sozialisierung der Kurorte, Zeitquellen und der ärztlichen Heilanstalten, angenommen die Anträge auf bessere Mindererziehung der Großstädte und ein Antrag Engel (E.) auf Einrichtung von Degernaten für Bezirksfürsorgeämtern bei allen Bezirksregierungen. Sodann nimmt das Haus das Hebmengesetz in dritter Lesung endgültig an.

Es folgt die Beratung des Etats des Innern und der Schutzpolizei.

Abg. Hauschild (E.) verlangt scharfe Bekämpfung des Wuchses und Schutz verfallener Beamter. Der Beamtenkörper müsse mit Republikanismus durchsetzt werden. Der Angriff auf Gehobmann sei tatsächlich ein Angriff auf den republikanischen Gedanken gewesen.

Nächste Sitzung Freitag Vormittag 11 Uhr: Weiterberatung.

Die Pachtordnung.

Die neue Reichspachtordnung wurde im Ausschusse am 14. Juni in 1. Lesung weiter beraten. Die Wichtigkeit des Gesetzes zeigt sich darin, daß von 5,7 Millionen Landwirtschaftlicher Betriebe nicht weniger als 2,7 Millionen Pachtland besitzen. Die bisher bestehende Pachtordnung veranlaßt ihre Entschädigung befristet einer Anregung der Demokraten in der Nationalversammlung, die ergangen war, nachdem in einer Broschüre, die ein deutschnationaler Herr Karstedt im Auftrage des besiegten Grundbesitzes in Schlesien veröffentlicht hatte, angebroht worden war, daß dort bei Annahme des Stielungsgezes allen Pächtern, zirka 70 000 an der Zahl, gekündigt werden würde. Bei der heutigen Beratung handelte es sich um wesentlichen um die Frage, wie weit der Pacht-gezes auszuheben sei. Die ursprüngliche Regierungsvorlage sah 10 Hektar vor; für diesen Umfang hatte sich auf Antrag der Demokraten auch der Reichliche Antrag entschieden. Der Reichsrat setzte den Umfang jedoch auf 2½ Hektar herab, dafür hatte auch Preußen gestimmt trotz des Beschlusses des Landtages und des Widerspruches des Landwirtschafts-ministers, des Demokraten Dr. Wendorff. Angenommen wurde schließlich ein Kompromißantrag, der den Umfang auf 7½ Hektar festsetzte.

Wie der Sozialdemokrat Dr. David mitteilte, wird der vorläufige Reichsratsrat sich für 10 Hektar erklären. Es ist daher möglich, daß in der zweiten Lesung der Pacht-gezes vom 14. Juni umgehoben und die Pachtstufengrenze auf zehn Hektar festgelegt werden wird.

Die katastrophale Bedrohung der Presse.

Tagung der deutschen Zeitungsverleger in Hamburg.

Anlässlich der Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Hamburg, fand gestern abend im Rathaus ein Empfang statt. Der regierende Bürgermeister Dr. Dieckl erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die schwere wirtschaftliche Not der deutschen Presse und betonte, daß es eine Verantwortung und Aufgabe sei, eine un-erträgliche Erhöhung der politischen Mitarbeit aller Kreise am Werk des staatlichen Aufbaues bedeuten würde, wenn nicht Mittel gefunden würden, mit denen es möglich sei, die katastrophale Bedrohung der deutschen Zeitungen abzuwenden. Vom Idealismus der Verleger hoffe er, daß der die unerfreulichen Erscheinungen überwinden werde, die von ihnen heraus für das Zeitungsessen ebenso verhängnisvoll wären wie die äußeren Gefahren. Die deutsche Presse lie-einig in dem Willen, mitzugehen am Aufbau unseres Staats-wesens. Daraus erwache ihr die hohe Verantwortung, selbst wenn sie kritisch absehe, schöpferisch mitzuarbeiten.

Wir haben, fuhr der Redner fort, zurzeit wenig Möglichkeiten in Deutschland, in das Ausland hinauszuwirken. Der wichtigsten eine ist der Geist der deutschen Presse. Redner sagte weiter: Ich bin sicher, daß Sie sich dieser hohen Verantwortung bewußt sind und daß Sie es als Aufgabe der deutschen Presse betrachten, der Welt herauszugeben, daß lit-tische Pflicht und wirtschaftliche Notwendigkeit es fordern, den Kampf zu beenden, der nach dem Vertrag von Versailles nicht abgeschlossen, sondern verweigert sein würde.

Namens der deutschen Zeitungsverleger sprach der erste Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger Kommer-ziant Dr. Krumbach seinen Dank für die lebenswichtige Begrüßung aus und erklärte u. a.: In schlimmster See und schlimmstem Unwetter segelt die Flotte des deutschen Wirtschaftslebens. Es trägt lösliche Ladung, die Hoffnung auf Deutschlands Wiedergeburt. An ihrer Spitze die Flot-tille der deutschen Zeitungen mit allen Zeichen höchster Seenet. Mander Maß wurde ge-fasst, manches wertvolle Gut über Bord geworfen. Am Ruder stehen Männer, durch das Leben erzogen zu dem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit. Unerschütterlich streben sie das gemeinsame Ziel des deutschen Wiederaufbaues an. Bereits man auf dem Führer die Signale nicht, die Stärkung der Seefahrt für die im aufstrebenden Vorkosten-dienst sich zernehmenden Zeitungen fordern, deren Schiffe auf so schlimme See für le schlimmsten Unwetter nicht er-sichert sind? Wird man es an fährlicher Stelle im Reich verfechten, um was es geht, wenn die selbständige deutsche Presse verstimmt? Tritt diese Katastrophe ein, hat sich das deutsche Volk zum zweiten Male entzweifeln lassen.

Französische Geheimverträge.

Gegen Deutschland und Österreich.

Der deutsch-böhmische Abgeordnete Knisch erklärte im tschechoslowakischen Parlament, daß er Kenntnis von den zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei geschlossenen Geheimverträgen habe. Nach diesen Verträgen soll die Tschecho-Slowakei in Gemeinschaft mit Frankreich Deutsch-Osterreich besetzen, wenn die Anschlagfrage in das Stadium der Verwirklichung tritt. Die Tschecho-Slowakei habe ferner Kenntnis von einem polnisch-französischen Vertrage genommen, wonach beide Länder gemeinsam wirtschaftliche und militärische Maßnahmen gegen Deutschland treffen wollen, falls Deutschland den Verfall der Verträge nicht inneißt, oder Anruhen in Ost-europa ausbreitet. Knisch behauptet, daß er seine Nachrichten aus beachtenswerter diplomatischer Quelle habe.

Ein Spiel mit dem Feuer.

Die österreichische sozialdemokratische Partei beabsichtigt wegen ihrer Abhängigkeit von der Sozialdemokratie die Verhältnisse zu klären. In der den Verfallenen Resolutionen sollen die Regierung und die Unter-nnehmer auf die unerträgliche Lage der Massen aufmerksam gemacht werden, deren Schuld zu Ende sei. Die Resolution will ferner fordern, daß der Entwertung des Geldes Einhalt ge-geleht werde. Wir sind gespannt darauf, welche Mittel die Sozialdemokraten vorschlagen werden. Haben sie keine, so sind Verfallenen zum Zweck einer solchen Entscheidung ein-mehr als leichtsinniges Spiel mit dem Feuer.

Der polnische Napoleon.

Allmählich klärt sich das Bild über die letzte polnische Ministerliste. Es kam danach trotz aller Geheimnistümerie seinem Zweifel unterliegen, daß der polnische Staatschef Pi-lsudski ein persönliches Regiment errichtet hat, aus dem tüchtige außenpolitische Gefahren für Polen, aber auch für Europa erwachsen können. Piłsudski wird dem Kabinett Positionen vor-zusetzen, doch es nach Kurland hin zu schwächen sei. Der Präsident hat jetzt mit den fraktionierenden direkt Verhandlungen be-gonnen und seine Reihe nach Bukarest wird gleichfalls der Aus-schluß einer rein persönlichen Politik. Es liegt ein bonapartistischer Zug in dieser Politik des ehemaligen polnischen So-zialistenführers. Inwiefern diese Politik auf Pariser In-spirationen zurückzuführen ist, läßt sich noch nicht klar er-kennen. Möglich ist schon, daß hinter der Maske dieses neuen Konjunktors sich lediglich ein armerlicher Wicht verbirgt, der Poin-carés Befehle als getreuer Diabolon ausführt.

Deutsches Reich.

Im Beamtenausschuß des Reichstages stellte der Vor-sitzende am 14. Juni ausdrücklich fest, daß ein Beschluß des Ausschusses, die Beratungen über das Beamtenentlastungs-gesetz erst am 1. Oktober wieder beginnen zu lassen, nicht vorzuzie-hen. Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien finden noch im Laufe dieses Monats statt. Von Regierungs-seite wurde bekannt gegeben, daß die Anstellungsrundbriefe für Militärämter vom Reichsrat verabschiedet und dem Reichstage zugegangen sind. Ueber die Maßnahmen aus Anlaß der weiter getragenen Leuerung wird der Ausschuss am 16. Juni beraten.

Die angelegte Entlohnung einer geheimen Funktion in Berlin hat sich als gänzlich harmlos herausgestellt. Es handelt sich um die Erfindung eines neuen Systems, das der Erfinder bereits patentmäßig angemeldet hat und mit dem er einige Ver-läufe anstellt.

Der Uebelstand der Kommunisten auf die Reichswehr bei der Sündenbürgerfeier am Sonntag hat ein weiteres Todes-opfer gefordert. Infolge einer schweren Stuhlverletzung am Kopf ist ein Arbeiter gestorben. Das Gewerkschaftsamt hat den Antrag abgelehnt, einen General-streik aus Anlaß des Sündenbürger-Sonntags auszurufen.

Kraftwagenlinien für den Reiseverkehr.

Sass. - Thüringen.

Die schmuden, gelben Kraftwagen der Reichspost werden auch in diesem Jahr, um viele Linien herbeizuföhren, die Chancen der Hauptverkehrszeiten zu erhöhen und in Anlehnung an die Eisenab-fahrpläne, sie ergänzen und erweitern, entlegene Gebiete des Ausflugsverkehrs erschließen. So gibt eben die Oberpostdirektion Braunschweig ein Verzeichnis ihrer Kraftwagenlinien. Mit dem 1. Juli 1914 wird der Reiseverkehr in drei Linien und etwa zwanzig Linien, die sich hauptsächlich in den Dienst des Zubringerverkehrs stellen; so führt die Hauptlinie Potsdam - Berlin - Halle - Magde-burg, von dem wichtigen Eisenbahnknoten Berlin - Hallesche - Salz-minden, mitten hinein in den Sass. nach Bad Sarsburg über den Roduland und das Torhaus nach Braunlage; eine zweite (neue) Linie führt, diesmal täglich, von Braunlage nach Lein und Götliche; eine dritte, ebenfalls neu eröffnete, eine durch das schöne Goietal über Auerbach hinauf nach Hasen-gentee; eine zweite neu eingerichtete über Oster durch das Götetal nach Korbach; eine dritte (alt) von Braunlage nach Goslar nach Jerich. Eine dritte Gruppe von Linien er-schließt den Nord-Ost-Part; schließt eine Verbindung von Pla-nenburg über Wenden nach Hallsfelde und nach Treuburg; von Wernigerode nach Blankenburg über Elmrode und Mühlberg nach Treuburg und nach Ballerode (beide neu). Zu den Südbahnen führt von Wernigerode eine neue Linie über Dankerode nach Staßfurt, von Sangerhausen über Wippra und Köpferode nach Sarsrode, von Ellich nach Eis-lahm (neu) und von Osterode über Clausthal nach Zellerfeld. Von Korbach verkehrt in neuer Linie ein Postauto über den Ruffhäuser nach Braunlage. Von Göttingen ver-mitteln drei Linien den Verkehr mit Wernigerode, Sarsrode und Brome; eine Westlinie führt von Holsungen nach Wendenber. Die Korbacher führt die Straßen betreten, sie nach dem Gelände, bis 2. März für den Kilometer.

Auch in Thüringen hat die Reichspost am 1. Juni eine Reihe von neuen Sommerlinien eröffnet, die vornehmlich dem Ausflugs- und Reiseverkehr dienen sollen; eine Linie führt von Göttingen über Bodleben nach Wellerode in 2½ Stunden nach Friedrichsdorf; eine zweite von Göttingen über Wellerode nach Friedrichsdorf, eine dritte von Korbach über Bad Thal und Wippra nach Eisenach; Oberhof erhält eine Postautobusverbindung mit Ilmenau und Friedrichsdorf; Eisenach mit Friedrichsdorf, Korbach über Sarsrode mit Salungen nach Korbach am Sonntag mit Eisenach.